**Strahlendes Erbe, teuer bezahlt: Wie Atomkonzerne den Staat schröpfen**  
Es geht um mindestens 169 Milliarden Euro: Im Dezember hat der Bundestag entschieden, wer die Kosten des Atomzeitalters in Deutschland trägt, für den Rückbau der 27 deutschen Atomstandorte und für die Endlagerung des Atommülls. Eigentlich müssten diese Kosten ausschließlich die Konzerne übernehmen, so gibt es das Atomgesetz klar vor. Doch Bundesregierung und Bundestag befürchten, dass die wirtschaftlich angeschlagenen Energiekonzerne dadurch pleite gehen könnten – und der Staat dann auf den kompletten Kosten des Atomzeitalters sitzenbleiben würde. Um das zu verhindern, werden die Konzerne nun entlastet. Und ein großer Teil des Kostenrisikos wird von vorneherein auf den Steuerzahler übertragen.  
Diese Entscheidung ist nicht nur ein glasklarer Deal mit der Atomlobby, sondern auch eine Abkehr vom bisher geltenden Verursacherprinzip. Kurz nach der Verabschiedung dieses Jahrhundert-Gesetzes im Parlament deckt die story die Hintergründe des Atomdeals auf und belegt: Die Kosten für Rückbau und Entsorgung sind viel höher als bekannt und die nun gesetzlich festgelegten Rücklagen der Konzerne reichen bei weitem nicht aus. Die Recherchen der story zeigen zudem die Vorgeschichte dieses fragwürdigen Deals auf: eine brisante Verflechtung zwischen Atomindustrie und Politik, die den Energiekonzernen zu Milliardensubventionen verhalf. Diese flossen seit Anfang des Atomzeitalters in Deutschland, zum Wohle der Konzerne und zum Schaden des Steuerzahlers. Immer wieder traf die Bundesregierung dabei industriefreundliche Entscheidungen, die am Ende nur den Schluss zulassen, dass sich der Staat von den Atomkonzernen regelrecht ausnehmen ließ.  
Quelle: [ARD via YouTube](https://www.youtube.com/watch?v=j_ef-8Cec2I)